

DIE GERECHTE PENSION

Antragsteller: Bundesvorstand

Beschlossen durch: XII. Bundeskongress, Graz

Beschlossen am: 19. April 2015

ENTWURF EINER GENERATIONENGERECHTEN UND NACHHALTIGEN PENSIONSREFORM

Der soziale Wohlfahrtsstaat ist eine der wesentlichen Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts. Er soll die ökonomische Absicherung aller Bürgerinnen und Bürger im Fall von Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit sowie Ruhestand im Alter garantieren. Auf das demokratische System soll er stabilisierend wirken, indem er soziale Notlagen der Menschen verhindert und damit destruktiven politischen Kräften entgegenwirkt, die unsere Freiheit und Demokratie in Frage stellen. Er ist somit ein Erfolgskonzept und Friedensgarant für ganz Europa.

Dennoch gibt es für die Systematik des sozialen Wohlfahrtsstaats kein immer gültiges Patentrezept, da wichtige äußere Bedingungen fortwährend Veränderungen unterworfen sind. Der soziale Wohlfahrtsstaat ist nur so gut, wie die Menschen auf ihn vertrauen können und er den verschiedenen Generationen und sozialen Schichten annähernd gleiche Konditionen bieten kann. Insbesondere im Pensionsbereich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten die Ausgangslage dramatisch verändert.

Der demographische Wandel führt zu einer völlig neuen Verteilung der Bevölkerung über die verschiedenen Altersgruppen hinweg. Den geburtenstarken Jahrgängen der 1960er und 1970er Jahre, stehen in der jüngeren Zeit sehr schwache Jahrgänge mit geringen Geburtsraten gegenüber. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung stark an, die Menschen werden im Ruhestand deutlich älter als noch vor wenigen Jahren. Die Pensionssystematik basiert jedoch auf dem sogenannten „Generationenvertrag“, nach dem die Altersversorgung nicht durch ein Ansparen während des Berufslebens gesichert wird, sondern durch eine permanente, fortlaufende Finanzierung der Altersversorgung durch die Versicherungsbeiträge der Erwerbstätigen. Um ein solches Konzept langfristig praktizieren zu können, muss das Verhältnis der Menschen im Ruhestand zu den Erwerbstätigen stabil bleiben. Wir erleben jedoch das genaue Gegenteil: Das Verhältnis ist bereits jetzt in einer großen Schiefelage und am besten Weg, immer weiter außer Kontrolle zu geraten.

Die österreichische Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten ihre Aufgaben sträflich vernachlässigt. Um eine langfristige Stabilität des Pensionssystems garantieren zu können, wären umfassende Reformen notwendig gewesen. Diese Untätigkeit bringt uns als junge Generation nun in große Bedrängnis, so dass wir neben einer Systemerneuerung auch sofortige Notmaßnahmen fordern, die schon in kurzer Frist wirken können.

SOFORTIGE NOTMASSNAHMEN

Die JUNOS – Junge liberale NEOS fordern, dass

- die Bundesregierung den absehbaren Notstand im Pensionssystem offiziell anerkennt und in Zusammenarbeit mit sämtlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen in der ganzen Republik für klare Fakten und ein realistisches Problembewusstsein in der Bevölkerung sorgt. Die derzeit vorherrschenden Verschleierungen mittels statistischer Tricks und der Verbreitung von Unwahrheiten sind zu beenden.
- in die Systematik der Berechnung von Zu- und Abschlägen bei Pensionseintritt sofort eingegriffen wird. Weicht der Pensionseintritt vom Regelpensionsalter ab, so sind Zu- und Abschläge ausschließlich versicherungsmathematisch korrekt zu berechnen.
- in jede aus öffentlichen Mitteln finanzierte Pension eingegriffen wird, die über der ASVG-Höchst Pension liegt. („Luxuspensionen“ von Nationalbankern, Alt-Funktionären und Bediensteten diverser Institutionen, Alt-Politikern, etc.). Je nach Höhe der im Erwerbsleben tatsächlich geleisteten Beiträge sind hier versicherungsmathematisch korrekt Kürzungen entsprechend der statistisch zu erwartenden Lebenserwartung vorzunehmen.
- der Fall der Berufsunfähigkeit aus dem Pensionssystem vollständig ausgegliedert und in eine Versicherungspflicht mit öffentlichen und privaten Trägern überführt wird.
- derzeit im Pensionssystem inbegriffene soziale Absicherungsleistungen (Mutterschutz, Pflege, Kindererziehung, etc.) weiter bestehen, jedoch nicht aus den Beitragsleistungen der Versicherten, sondern aus dem allgemeinen Staatsbudget abgegolten werden.
- bei Arbeitsunfällen, Langzeitkrankenständen und Invalidisierungen die Wirtschaft verstärkt präventiv in die Pflicht genommen wird.
- eine Möglichkeit der steuerbegünstigten privaten Zusatzversicherung umgehend geschaffen wird.

NACHHALTIGER UND GENERATIONENGERECHTER SYSTEMWANDEL

Die JUNOS – Junge liberale NEOS fordern, dass

- die derzeitige Umlagesystematik stufenweise in eine Beitragssystematik überführt wird. Langfristiges Ziel ist es, dass jeder Erwerbstätige auf sein persönliches Pensionskonto anspart und laufend den Sparerfolg und Zinszuwachs beobachten kann. Entsprechend seiner verbleibenden statistisch zu erwartenden Lebenserwartung werden ihm seine möglichen monatlichen Pensionsauszahlungen angezeigt. Diese variieren, je nach gewünschtem Pensionseintritt, automatisch entsprechend der unterschiedlichen Laufzeit. Ein Regelpensionsalter existiert nicht. Die Inanspruchnahme der Pensionsauszahlungen kann erfolgen, sobald ein Mindestniveau an monatlicher Auszahlung (=Existenzminimum) erreicht wurde. Auf Wunsch können vorerst auch nur 25%, 50% oder 75% der monatlichen Auszahlungen konsumiert werden, wenn zum Beispiel noch einer geringen

Erwerbstätigkeit nachgegangen wird. Der Anreiz zur Arbeit bleibt in jedem Fall immer erhalten.

- Erwerbstätigkeit im Alter weiter gefördert wird. Neben der Flexibilisierung von Arbeitszeitregelungen ist insbesondere eine neue Mentalität in Bezug auf das Erwerbsleben notwendig. Die Funktion der Arbeit als ausfüllende und befriedigende Tätigkeit, sowie wertgeschätztes Element im gesellschaftlichen Miteinander, muss stärker hervorgehoben werden.
- den Aufbau der zweiten und dritten Säule im Pensionssystem, also der betrieblichen und privaten Zusatzvorsorge. Hierbei sind Anreizsysteme im Steuersystem und Informations- sowie Vermittlungsstrukturen bereit zu stellen. Die Bundesregierung muss „financial literacy“, also die Bildung von Finanzkompetenz in der Bevölkerung, als zentrale Aufgabe begreifen.
- den Aufbau einer vollkommen unabhängigen Expertenkommission, die in der Mehrzahl international besetzt ist. Diese Kommission soll einen Gesamtplan für den komplexen Übergang vom umlage- zum beitragsorientierten System entwickeln. Die Parteien verpflichten sich, diesen Übergang als überparteiliche, historische Herausforderung zu akzeptieren und konstruktiv daran mitzuarbeiten. Sie sind in der Pflicht, die Meinungsbildung in der Bevölkerung zu fördern und über die Dramatik der Situation zu informieren und aufzuklären.

Mit diesem Systemwandel wäre ein nachhaltiges und langfristig generationengerechtes Pensionssystem geschaffen. Die Dringlichkeit dieser Maßnahmen muss mit Nachdruck unterstrichen werden. Nimmt Österreich keine System-Erneuerung vor, droht ein System-Kollaps mit unabsehbaren Folgen.